

Zunächst begründete Herr Bäsch kurz den vorgelegten Antrag. Er trug vor, dass es in erster Linie um die sogenannten „3-Jahres-Verträge“ gehe. Er schlug vor, dass vor einer Ausschreibung der Ausschuss darüber beraten soll, ob dies nicht mit eigenen Personal (Bauhof) durchgeführt werden soll/kann oder aber auch ob die Laufzeit nicht verkürzt werden soll/kann. Bei dem Einsatz von städtischen Mitarbeitern seitens des Bauhofes sei aber auch gleichzeitig zu berücksichtigen, dass dann eventuell mehr Personal eingestellt werden müsste.

Herr Nettesheim sprach sich in seinen Ausführungen dafür aus, dies grundsätzlich im Ausschuss zu erörtern, bevor eine Ausschreibung „auf den Weg gebracht wird“.

Herr Hintz sprach sich in seinen Ausführungen dagegen aus, zumal seitens der Verwaltung im Vorfeld bestimmt die entsprechenden Fragen geklärt werden.

Herr Günther sprach sich ebenfalls dafür aus, dass dies bei bestimmten Projekten vielleicht besser sei, im Vorfeld im Ausschuss darüber inhaltlich zu diskutieren, damit nicht immer das Gefühl auftritt, „man nicke die Auftragsvergabe nur ab“.

Herr Bäsch erläuterte nochmals, dass er es für sinnvoll halte, dass alle die Maßnahmen erörtert werden sollten, wo man die Option besitzen könnte, das geplante Vorhaben auch durch Mitarbeiter des Bauhofes durchzuführen, bevor eine Vergabe an eine Fremdfirma erfolgen soll.

Herr Gleß verwies in seinen Ausführungen auf das vor ca. 5 Jahren beschlossene Bauhofkonzept, in dem u.a. auch über die Ausführung bestimmter Aufgaben diskutiert worden sei. So gibt es bestimmte Aufgaben, die nicht von Mitarbeitern des Bauhofes übernommen werden können, da hier die Fremdfirmen kostengünstiger arbeiten würden. Er führte weiter aus, dass aus seiner Sicht dieser Ausschuss in Zukunft auch mehr strategische Entscheidungen treffen sollte, und nicht nur das „Ausführungsorgan“ für andere Ausschüsse sein soll. So sollte man sich grundsätzlich Gedanken über die Kultur dieses Ausschusses einmal machen. Er schlug daher vor, dass seitens der Verwaltung Vorschläge erarbeitet werden sollten, wie dieser Ausschuss „aufgewertet“ werden kann, unter Berücksichtigung dieses Antrages.

Frau Leitterstorf wies in ihren Ausführungen daraufhin, dass die hier angesprochenen 3-Jahresverträge immer eine Forderung des Rechnungsprüfungsausschusses gewesen sei sowie der Gemeindeprüfungsanstalt. Weiterhin vertrat sie die Auffassung, dass die Frage nach dem „Ob die Stadt verschiedene Arbeiten in Eigenregie durchführen sollte“, in den Haushaltsberatungen beraten werden sollte. Abschließend erklärte Frau Leitterstorf, dass zum heutigen Zeitpunkt erst abgewartet werden sollte, welchen Vorschlag die Verwaltung über die Art und Weise der gestalterischen Mitarbeit erarbeiten und dem Ausschuss zur Beratung vorlegen wird.

Herr Bäsch erklärte daraufhin für die SPD-Fraktion, dass aufgrund der Ausführungen der Verwaltung (Vorschlag erarbeiten unter Berücksichtigung dieses Antrages) dieser Antrag zurückgezogen wird.